

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Julia Klöckner (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Vermessungs- und Katasterämter in Bad Kreuznach und Birkenfeld

Die **Kleine Anfrage 193** vom 17. August 2011 hat folgenden Wortlaut:

Wie aus den Medien zu erfahren ist, gibt es aktuell Diskussionen über eine mögliche Schließung von Vermessungs- und Katasterämtern. Den Berichten zufolge soll die bisherige Anzahl von insgesamt 19 Dienststellen und vier Außenstellen in Rheinland-Pfalz reduziert werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Gibt es Planungen, die Vermessungs- und Katasterämter mit Sitz in Bad Kreuznach bzw. Birkenfeld zu schließen?
2. Gibt es Überlegungen, die Vermessungs- und Katasterämter mit Sitz in Bad Kreuznach bzw. Birkenfeld an einen anderen Standort zu verlegen?
3. Pro Bedienstetenarbeitsplatz in einer technischen Verwaltung ist meines Wissens nach eine bestimmte Quadratmeterzahl vorgegeben. Im Falle eines Personalabbaus könnte demzufolge auch ein Abbau der angemieteten Fläche für die Dienststellen einhergehen.

Deshalb frage ich:

- a) Welche angemietete Fläche steht dem aktuellen Personalbestand der rheinland-pfälzischen Katasterämter insgesamt rechnerisch zu?
  - b) Wie groß ist die tatsächlich angemietete Fläche in Rheinland-Pfalz?
  - c) Falls die tatsächlich angemietete Fläche größer ist als die rein rechnerisch benötigte: Ist eine Kündigung der nicht benötigten Fläche und eine damit verbundene Kostenreduzierung geplant?
4. Welche Kosteneinsparungen erwartet die Landesregierung durch die Schließung oder Zusammenlegung der rheinland-pfälzischen Vermessungs- und Katasterämter?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. September 2011 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkungen:

Die Vermessungs- und Katasterverwaltung hat sich mit umfangreichen und breitgefächerten Investitionen frühzeitig auf neue Informations- und Kommunikationstechnologien eingestellt. Gleichzeitig wurden wesentliche Geodatenbestände des Liegenschaftskatasters in digitale Form überführt. Diese Maßnahmen bildeten die Basis für die Einführung neuer Verfahrenslösungen und Verfahrensabläufe. Damit einher ging auch ein erheblicher Personalabbau, der sich auch in Zukunft noch weiter fortsetzen wird. Das hat Auswirkungen auf die bestehende Aufbauorganisation unter Einbeziehung der zukünftig notwendigen Anzahl der Vermessungs- und Katasterämter. Ausdrücklich bestätigt wird dieser Weg auch im Bericht des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz über die Prüfung der Verwaltungsmodernisierung in der Vermessungs- und Katasterverwaltung.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

b. w.

Zur Frage 1:

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Struktur der Vermessungs- und Katasterverwaltung ist vorgesehen, zukünftig mehrere Regionalbezirke (Amtsbezirke eines Vermessungs- und Katasteramts) mit je zwei dauerhaften Standorten zu bilden. In die Standortfrage werden alle bisherigen Standorte der Vermessungs- und Katasterverwaltung, also auch Bad Kreuznach und Birkenfeld, einbezogen. Eine Entscheidung steht allerdings noch aus.

Zur Frage 2:

Bei den Überlegungen zu den künftigen Standorten werden alle bisherigen Standorte einbezogen.

Zur Frage 3:

a) Eine Regelung für eine Mindestfläche pro Arbeitsplatz existiert nicht für die Landesbehörden.

Die Richtlinien für die Durchführung von Bauvorhaben des Landes (RLBau 2006) enthalten Angaben zu Höchstflächen für Geschäftszimmer der Landesbehörden. Die Angaben begründen jedoch keinen Anspruch von Stelleninhabern auf diese Raumgrößen.

Die rechnerisch dem Personalstand zustehende Fläche kann daher nicht bestimmt werden.

b) Die tatsächlich angemietete Bürofläche beträgt 17 884 m<sup>2</sup>, die tatsächliche Gesamtmietfläche 39 490 m<sup>2</sup>.

c) Kündigungen für angemietete Liegenschaften

- vom LBB sind nur für selbstständig vermietbare Einheiten und
- von Dritten nach den Rahmenbedingungen der Mietverträge zulässig. Die Kündigung nur einzelner Arbeitsplätze ist dabei nicht vorgesehen und aus Praktikabilitätsgründen nicht möglich. Soweit die genannten Bedingungen erfüllt waren, wurde bereits in der Vergangenheit die Mietfläche reduziert.

Ein rechnerischer Vergleich ist aus den dargelegten Gründen nicht möglich.

Zur Frage 4:

Einsparungen ergeben sich aus Personal- sowie Haus- und Bewirtschaftungskosten. Den Einsparungen stehen Ausgaben für geplante Telearbeitsplätze gegenüber. Langfristig werden jährliche Einsparungen von ca. 3,6 Mio. Euro erwartet.

Roger Lewentz  
Staatsminister